



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Mai 2020  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **P 10 Postulat Koch Hannes und Mit. über eine digitale Mobilitätsplattform (Weiterentwicklung Verkehrsverbund Luzern) / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Hannes Koch hält an seinem Postulat fest.

Hannes Koch: Die Grünen und Jungen Grünen sind sehr erfreut, dass die Regierung die teilweise Erheblicherklärung beantragt, und danken für die ausführliche Stellungnahme. Die Regierung unterstützt die Idee, Mobilitätsangebote digital verkehrsmittelübergreifend darstellen, buchen und bezahlen zu können. An dieser Stelle ist es wichtig hervorzuheben, dass die Regierung dem öV eine Schlüsselrolle bei der Vernetzung verschiedener, auch neuer Mobilitätsangebote zu multimodalen Reiseketten zugesteht. Wie Sie vielleicht wissen, ist dies das gleiche Postulat, das auch in der Stadt durch die Grünen und Jungen Grünen zusammen mit der FDP, unterstützt von der CVP, eingereicht worden ist. Die Antwort der Stadt zeigt detaillierte Handlungsfelder auf, welche der VVL übernehmen soll, denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss möglich gemacht werden. Daten zum Mobilitätsverhalten sind ausreichend vorhanden. Es gilt diese Daten geschickt zu vernetzen, um Mobilitätsanbieter in Luzern ausserhalb des öV zu gewinnen, zum Beispiel Mobility, Nextbike, Parkhäuser oder Taxis. Diese sollen ebenfalls ihre Daten konsolidiert zur Verfügung stellen. Um mobil sein zu können, muss eine Reise über die verschiedenen Mobilitätsanbieter geplant werden können. Heute bestehen Brüche im Buchungsprozess ganzer Reiseketten. In anderen Städten und Kantonen wird aktiv daran gearbeitet, solche Brüche zu beheben, zum Beispiel in Zürich und Zug. Dort sind Bestrebungen für multimodale Abonnements und Mobilitätsplattformen zu beobachten. Als Beispiel ausserhalb der Schweiz nenne ich Österreich, speziell die Stadt Wien, oder Berlin in Deutschland. Die Antwort der Stadt Luzern zeigt Bestrebungen in die gleiche Richtung. Der Kanton erklärte vor allem, warum er zuwarten möchte. Mobilität bedeutet vorwärtszugehen und dafür wirkungsvolle Mittel zu nützen. Ich bin überzeugt, dass der Kanton zusammen mit der Stadt Luzern vorwärtskommen kann. Die Schwierigkeiten der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten sind absolut nachvollziehbar. Es sind aber schlussendlich unsere Verbände, also müssen wir auch aktiv werden und aktiv gestalten, um das Thema Mobilität übergreifend bearbeiten zu können. Aus diesem Grund bitten wir Sie, das Postulat erheblich zu erklären.

Hanspeter Bucheli: Das Postulat greift ein aktuelles Thema auf. Der Wunsch nach einer digitalen Mobilitätsplattform, die integral und effizienzsteigernd wirkt, ist natürlich nachvollziehbar. Trotz der rasanten Entwicklung in diesem Bereich müssen wir realistisch sein und dieser Sache die nötige Zeit lassen. Die Argumentation der Regierung, dass die Rolle des VVL im Moment nicht geändert werden soll und die Mobilität an den Kantonsgrenzen nicht aufhört, ist für uns stichhaltig. Aus all diesen Gründen folgt die CVP-Fraktion der Regierung und wird das Postulat teilweise erheblich erklären.

Räto B. Camenisch: Die SVP erachtet es prinzipiell als richtig, wenn der öffentliche Verkehr transparent und möglichst benutzerfreundlich digital gestaltet wird. Solche Entwicklungen können einerseits in der Weiterentwicklung bestehender Plattformen, andererseits aber auch im Anschluss an übergreifende, eventuell nationale Projekte bestehen. Hier wird in nächster Zeit von selber viel passieren, liegen doch diese Ziele alle im dringenden Interesse des öffentlichen Verkehrs, seiner Entwicklung, seiner Auslastung und schlussendlich auch seiner Rentabilität. Wie die Regierung ausführlich und einleuchtend darlegt, ist es nicht primär am VVL, eine solche Plattform in Eigenregie zu entwickeln und damit seine Tätigkeit auf ein neues, schwer abgrenzbares und auch risikoreiches Gebiet auszudehnen. Er sollte sich eher in bestehenden oder neuen Projekten optimal einbringen respektive bei der Ausarbeitung mithelfen oder durch die Zurverfügungstellung von Schnittstellen oder Dateninfrastrukturen mitwirken. Die SVP-Fraktion unterstützt die teilweise Erheblicherklärung.

Isabella Schwegler-Thürig: Der Regierungsrat unterstützt in seiner Antwort die Idee des Postulanten, Mobilitätsangebote digital verkehrsmittelübergreifend darstellen, buchen und bezahlen zu können, und er weist darauf hin, dass im öV-Bericht 2018–2021 bereits einige Massnahmen aufgeführt sind, welche in die vom Postulanten gewünschte Richtung zielen. Dies sind beispielsweise Bike-Sharing an Bushaltestellen, die Weiterentwicklung und Neuetablierung der öV-Plattform «Luzernmobil» unter der Führung des VVL und die Weiterentwicklung der Echtzeit-Fahrplanauskunft. Die Digitalisierung hat die Gesellschaft in den letzten Jahren massiv verändert und wird uns auch in Zukunft vor grosse Herausforderungen stellen. Die grundlegende Idee einer Mobile-App wirkt überzeugend, die benutzerfreundliche Umsetzung wird jedoch als grosse Herausforderung angesehen. Wie erwähnt verfolgt der VVL das Geschehen im Mobilitätsmarkt aufmerksam, aber das reicht nicht. Der VVL will abwarten und sich nicht festlegen. Die Digitalisierung wird nur dann dem Wohl der Mehrheit dienen, wenn ihre Vorteile allen zugutekommen. Die im Vordergrund stehende kurzfristige Weiterentwicklung der vorhandenen App «öV-LIVE» durch den VVL gemeinsam mit der VBL und der Stadt Luzern dient aber nur der urbanen Region. Auch die ländlichen Gebiete und deren Bevölkerung wollen von einer Mobile-App und deren vielseitigen Vorteilen profitieren können. Deshalb erachten wir es als wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand, eine aktive und zukunftsorientierte Haltung einzunehmen. Um das Ziel einer überregionalen oder sogar gesamtschweizerischen Lösung zu erreichen, bedarf es in erster Linie der Unterstützung durch den Kanton. Die SP-Fraktion unterstützt die Erheblicherklärung des Postulats.

Sabine Wermelinger: Die FDP unterstützt es, dass verschiedene Mobilitätsformen sich ergänzen, um die zunehmenden Verkehrsprobleme nachhaltig zu lösen. Mit einer Mobilitätsplattform sollen gemäss Postulat nahtlos kombinierbare Mobilitätsangebote attraktiver gemacht und somit der Kundennutzen erhöht werden. Diese Überlegungen sind grundsätzlich gut und prüfenswert. Die FDP ist aber der Ansicht, dass die Rolle der Mobilitätsvermittlerin eine privatwirtschaftliche Aktivität darstellen sollte. Wir erachten es als problematisch, wenn der VVL als Besteller und Finanzierungsbehörde von öV-Angeboten selber Mobilitätsplattformen entwickelt und betreibt. Es gilt Marktverzerrungen zu vermeiden, und durch Wettbewerb können gute neue Lösungen entstehen. Die FDP begrüsst die Zurverfügungstellung der nötigen Daten des VVL, damit private Mobilitätsvermittler Angebot und Nachfrage verknüpfen können. Eine Mobilitätsplattform mit entsprechender App soll zudem auf gesamtschweizerischer Ebene vorgesehen werden, auch um Tarifzonen und kantonsübergreifende Optimierungen in Angebot und Nachfrage zu erhalten. Die Entwicklung und der tägliche Unterhalt solcher Apps dürfen zudem nicht unterschätzt werden. Zwischenzeitlich befindet sich die SBB bereits in einer Testphase mit SmartWay, dem intelligenten Reiseassistenten für eine smartere Mobilität, einer App, die genau das zu bieten verspricht, was mit dem Postulat erreicht werden sollte. Am Mobilitätskongress vom 22. Januar 2020 haben die Anwesenden den interessanten Ausführungen des CEO der in Luzern ansässigen App-Entwicklungsfirma lauschen können. Die Entwicklung solcher Apps gilt es im Mobilitätsmarkt zu beobachten. Die FDP-Fraktion schliesst sich dem Antrag

der Regierung an, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

András Özvegyi: Die GLP-Fraktion begrüsst es einerseits, Mobilitätsangebote digital verkehrsmittelübergreifend darstellen, buchen und bezahlen zu können, andererseits finden wir Abwarten gut, weil der VVL nicht unbedingt Systemvorreiter sein muss. Es laufen viele Entwicklungen, und es ist unserer Ansicht nach richtig, diese zu beobachten. Wir stellen uns die Frage, ob eine schweizweite App wie die der SBB nicht besser wäre, statt dass jeder Kanton etwas Eigenes entwickelt. Die GLP-Fraktion unterstützt den Antrag der Regierung, das Postulat teilweise erheblich zu erklären.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Mobilitätspolitik ist in Bewegung, auch im Kanton Luzern. Wir gehen die aktuellen Mobilitätsfragen aktiv an, sind uns aber der grossen Herausforderungen und der unterschiedlichen Bedürfnisse bewusst. Wir orientieren uns an den Möglichkeiten der Zukunft und an den Bedürfnissen der Verkehrsteilnehmenden. Wir haben dazu auch das Projekt «Zukunft Mobilität im Kanton Luzern» gestartet, in dem wir mit einer breit abgestützten Steuerungs- und Projektgruppe unterwegs sind. Es geht darum, alle Mobilitätsfragen mit Blick auf den ganzen Kanton zu analysieren. Wir wollen Lösungen erarbeiten, die das ganze Spektrum der Mobilitätsangebote berücksichtigen. Konkrete Vorschläge haben wir bereits mit der Strategie zum Mobilitätsmanagement gemacht, die Anfang Jahr publiziert wurde. Diese gehen nun in die Umsetzung. Die Herausforderungen zur Gestaltung der künftigen Mobilität sind gross, aber auch sehr spannend. Die neuen Technologien, wie im Postulat gefordert, bieten neue Möglichkeiten in der Organisation und Abwicklung sowie mehr Effizienz der Mobilitätsangebote. Diese spielen ganz sicher eine wichtige Rolle. Dazu informierte am Mobilitätskongress auch ein kompetentes Luzerner Unternehmen. Gerade heute Nachmittag wurde von dieser Firma kommuniziert, dass seit Sonntag in New York eine neue App in Gebrauch ist, über welche automatisch im Fahrplan ein Taxi bestellt werden kann, wenn wegen Corona die U-Bahn gereinigt wird. In eine solche Richtung wird die Technik gehen. Es macht aber keinen Sinn, wenn wir das nur für den Kanton Luzern entwickeln, denn die Mobilität kennt keine Kantons Grenzen. Es muss mindestens eine schweizerische Lösung geben. Der VVL soll sich an der Umsetzung beteiligen, eine Federführung sehen wir aber nicht. Wichtig ist auch zu sehen, wie die Abgrenzungen und Rollenverteilungen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sind; beispielsweise weiss man, dass die App der SBB eine sehr häufig genutzte App ist und die App der VBL von geringerer Bedeutung. Der Nutzer will am Schluss nicht für jeden Kanton eine eigene App. Wir wollen in die Richtung des Postulats gehen, aber wir wollen auch die technologischen Entwicklungen abwarten und nicht federführend sein. Das würde zu viel kosten und zu wenig nützen. Wir beantragen Ihnen die teilweise Erheblicherklärung.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat teilweise erheblich.